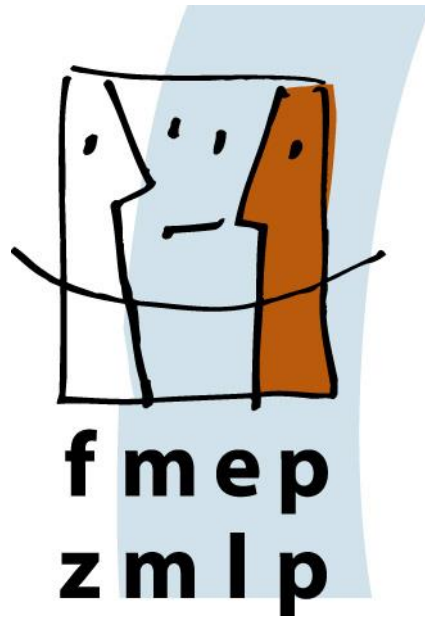


MEDIENDOKUMENTATION



Inhalt

Mediencommuniqué	2
Doppeldeutige Motionen	3 - 4
Sparstrumpf auf dem Buckel des öffentlichen Dienstes	5
Mehr arbeiten, um weniger zu verdienen	6
Beilagen :	
Die ZMLP-Resolution	
Die Motionen	

Parlamentarische Motionen oder versteckte Sparmassnahmen?

Drei parlamentarische Motionen der C-Parteien könnten „maskiert“ zum Ziel gelangen. Verbirgt sich unter dem Mäntelchen der gleichen Behandlung für die Staatsangestellten nicht der Wunsch, die Lohnmasse noch mehr zu kürzen? Der öffentliche Dienst hat bereits sehr viel zu den Sparmassnahmen beigetragen. Der ZMLP sagt STOPP.

Eine Motion scheint voller guter Absichten, indem sie Flexibilität und Gerechtigkeit im Lohnsystem und der Besoldung der Angestellten des öffentlichen Dienstes vorschlägt. Aber diese Flexibilität soll „erlauben, die Löhne anzupassen, um dazu beizutragen, die kantonalen Finanzen zu sanieren.“ Das ist ziemlich klar. Die zweite möchte ein einheitliches Lohnsystem, ohne Leistungsprämien. Doch die Abschaffung der Belohnung für Verdienste bedeutet unfehlbar, die Leistungen des Staates an seine Angestellten um mehrere Millionen zu stutzen. Die dritte Motion kommt unverhüllt daher. Sie möchte die Budgets des parastaatlichen Sektors (Spitäler, Sozialmedizinische Zentren, Alters- und Pflegeheime, soziale Institutionen) im gleichen Mass senken, um sie an die gekürzte Lohnsumme der Staatsangestellten anzupassen.

Der öffentliche Dienst des Wallis, der für die Finanzverwaltung des Kantons in nichts verantwortlich ist, hat schon sehr viel zur Senkung der Staatskosten beigetragen (ungefähr 900 Millionen seit den 2000er-Jahren). Zudem ist er im Vergleich zu den anderen Kantonen ganz klar personell unterdotiert, wie eine Studie von BAKBasel gezeigt hat. Die Angestellten des Gesundheitssektors leisten ebenfalls viel mit weniger Personal als anderswo in der Schweiz.

Mehr arbeiten, um weniger zu verdienen?

Der ZMLP sagt es in zwei Worten: Es genügt. Mit den Sparprogrammen PAS 1, dem Dekret für ein ausgeglichenes Budget 2015, der Reduzierung der Leistungsprämien und der Erfahrungszulagen, den mit PAS 2 angekündigten Kürzungen und dem Stellenabbau ist die Walliser Politik daran, sich auf dem Buckel des öffentlichen Dienstes einen Sparstrumpf zu stricken. Die Fehlbeträge 2013 und 2014 wurden praktisch ausgeglichen. Die Rechnung 2015 sollte im grünen Bereich sein. Trotz diesem guten Kontext scheint die Zeit der Budgetkürzungen nicht vorbei zu sein, und der Grossrat wird von Motionen überflutet, die den öffentlichen Dienst zur Zielscheibe haben!

Der ZMLP fordert, dass endlich eine globale Strategie für das Personal definiert wird, die auf drei Pfeilern ruht: dem Lohnsystem, den Arbeitsbedingungen und der Pensionskasse (PKWAL).

Für mehr Informationen: Die ZMLP-Präsidentin Marylène Volpi Fournier und der ZMLP-Direktor Urs Zenhäusern halten sich unter 078 607 11 06 und unter 079 449 36 31 zu Ihrer Verfügung.

Doppeldeutige Motionen

Was sie sagen

Die Besoldung der Angestellten des öffentlichen Dienstes ist seit einigen Monaten Dauerthema im Grossen Rat. Im November reichten christlich-demokratische Abgeordnete aus allen Gruppen drei Motionen ein.

Alle haben die gleichen Ziele, nämlich die Gleichheit der Besoldung unter den Staatsangestellten (Zentralverwaltung, Lehrpersonen, Polizisten, Magistraten, Kantoniere) zu garantieren; das Lohnsystem zu vereinheitlichen, indem man es mit neuen gesetzlichen Grundsätzen versieht, um die Flexibilität und nebenbei auch den Handlungsspielraum der Politik zum Zweck neuer Sparmassnahmen zu erhöhen.

Der ZMLP ist absolut für das Prinzip der Besoldungsgleichheit. Seine 9500 Mitglieder, die in 12 Vereinigungen versammelt sind, müssen in einem kohärenten Lohn- und Sozialsystem arbeiten. Wenn man diese Motionen ein bisschen genauer liest, entdeckt man aber eine gefährliche Doppeldeutigkeit. Unter dem Mantel der Gleichheit der Besoldung könnten sie zu einem Instrument werden, um die Löhne der Staatsangestellten und in den parastaatlichen Institutionen (Spitäler des Wallis, soziale Institutionen, Pflegeheime, soziomedizinische Zentren) zu kürzen.

Was dahinter stecken kann

« Für mehr Gerechtigkeit bei den möglichen Lohnanpassungen ».

Dem Titel dieser Motion, die am 11. November 2015 von Jérôme Buttet und verschiedenen Mitunterzeichnenden der christlich-demokratischen Familie aus dem Unter- und Oberwallis eingereicht wurde, gibt es nichts hinzuzufügen.

Ein paar Sätze weiter ist man weniger sicher: «Die verschiedenen Gesetzgebungen, die die Kategorien des Personals des öffentlichen Dienstes betreffen, sollten mehr Flexibilität ermöglichen, indem sie erlauben, die Besoldung seiner Angestellten anzupassen, um zur Sanierung der kantonalen Finanzen beizutragen.»

→ Wenn die Finanzen via die Lohnsumme saniert werden sollen, kann man letztere nur reduzieren. Die Gleichheit ist da, aber auf niedrigerem Niveau.

Das Verdienst wird ausgemustert. «Ein einheitliches Lohnsystem ohne Leistungsprämien.»

Diego Clausen (CSPO) und die christlich-demokratischen Mitunterzeichnenden der CVPO und der CVP des Zentral- und Unterwallis wollen im staatlichen Lohnsystem Ordnung schaffen, indem sie das System der Wertschätzung der Leistung via Lohn angreifen. Hier wünscht man sich ebenfalls die Schaffung einer Gesetzesgrundlage.

→ Leistungsprämien abzuschaffen, bedeutet natürlich, die gesamte Lohnsumme nach unten zu korrigieren.

«In Betracht ziehen der Subventionen an die parastaatlichen Institutionen.»

Die dritte Motion der Abgeordneten aller CVP-Gruppierungen im Parlament will die Schraube noch mehr anziehen. Zur Erinnerung: Das Parlament hatte im Dezember 2015 akzeptiert, die Leistungsprämien und Erfahrungszulagen zusammenzustreichen. Das alles für eine Ersparnis von 6.6 Millionen Franken.

Die Politik möchte die Budgets der parastaatlichen Institutionen (Spitäler, soziomedizinische Zentren, Pflegeheime, soziale Institutionen) im gleichen Ausmass kürzen, damit diese der gesenkten Lohnsumme der Staatsangestellten entsprechen.

→ Der ZMLP hat diese ungerechte und demotivierende Massnahme bekämpft. Natürlich wird er ihre Ausweitung auf das Personal des parastaatlichen Sektors nicht unterstützen.

Der ZMLP lehnt es ab, dass diese Motionen als Instrumente benutzt werden, um auf Kosten der Lohnsumme der Angestellten des öffentlichen Dienstes zu sparen.

Man strickt einen Sparstrumpf auf dem Buckel des öffentlichen Dienstes

PAS 1, die erste Masche. Das vom ZMLP bekämpfte Dekret hat 2015 rund 30 Millionen Franken Ersparnisse gebracht. Es wird 2016 und 2017 zusätzlich in etwa 30 Millionen einsparen. Die Walliser Schulen haben fast 100 Vollzeitstellen verloren.

PAS 2, die zweite Masche. Das Institut BAKBasel, das mandatiert war, den Haushalt des Staates Wallis zu analysieren, schlägt Kürzungen im Staatsbudget von 70 Millionen vor. Die Regierung hält dies nicht für genügend. Sie schlägt Kürzungen von 120 Millionen vor.

Die Ausschüttung der SNB, die dritte Masche? Im Januar 2015 profitierte der Kanton von einem unerwarteten Geschenk. Dank der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank flossen 53.4 Millionen Franken in die Walliser Kantonskassen. Sparmassnahmen hatten bereits erlaubt, die Fehlbeträge aus den Jahren 2013 und 2014 auszugleichen. Diese 53.4 Millionen hatten den Effekt eines zusätzlichen Bonus, mit dem praktisch der gesamte restliche Fehlbetrag getilgt wurde. Im Januar 2016 kündigte die SNB erneut an, dem Wallis 26 Millionen zu überweisen. Möchte der Staat sie in sein Sparschwein legen, sie auf die Seite legen wie man sich eine Kriegsreserve schafft, und weiterhin sein Sparprogramm fahren? Die Frage zu stellen, bedeutet, sie schon fast zu beantworten.

An der kantonalen Abstimmung von Ende November 2015 akzeptierte das Walliser Volk mit 54.5% Ja-Anteil ein Spardekret, das unter anderem die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer beinhaltete. Das Referendum, das der VSE ergriffen hatte, war also erfolglos.

ZUSAMMENGEFASST:

1. Die Sparmassnahmen der PAS 1 sind noch immer wirksam.
2. Zusätzliche Sparmassnahmen in der Höhe von 34 Millionen Franken bleiben dank dem Dekret 2015 erhalten.
3. Das «SNB-Geschenk» spült 26 Millionen Franken frisches Geld in die Staatskassen.
4. Die Rechnung 2015 des Staates Wallis dürfte einen Gewinn ausweisen.

Um die Kantonsfinanzen nachhaltig zu sichern und eine zukünftige Verschlechterung zu verhindern, müssen die Regierung und das Parlament andere finanzielle Ressourcen finden.

Mehr arbeiten, um weniger zu verdienen

Seit den 2000er-Jahren erlaubten die Angestellten des Staates Wallis dem Staat ungefähr 900 Millionen Franken zu sparen. Hinausschieben des 13. Monatslohnes, Karenzfrist für neue Stellen (Personalstopp, Erhöhung des Pensionierungsalters, Kürzung der Leistungsprämien und der Erfahrungszulage). Ihre Opfer waren gross und zahlreich. Dabei sind sie in nichts verantwortlich für die schwankende Gesundheit der Walliser Finanzen 2013 und 2014. Es ist inakzeptabel, dass man sie die Rechnung zahlen lassen will.

Die kantonale Verwaltung, einschliesslich die Polizei, ist im Verhältnis zu den anderen Kantonen personell klar unterdotiert. Es ist das Institut BAKBasel, das dies in einer Studie sagt, die Anfang 2016 veröffentlicht wurde. Die Personaldotation des Staates Wallis ist um 15% niedriger als der interkantonale Durchschnitt in der Schweiz. Der öffentliche Dienst im Wallis arbeitet schon viel mit wenig Personal. Möchte man noch, dass ihre Angestellten doppelt bestraft werden: viel arbeiten, um weniger zu verdienen?

Endlich eine globale Vision ? Der ZMLP fordert vom Staat, dass er sich aus den Niederungen erhebt und einen Rahmen aus drei Säulen der Personalpolitik steckt: die Löhne, die Arbeitsbedingungen und die Pensionskasse (PKWAL).

- 1. Der ZMLP ist dagegen, dass die Leistungsprämien und Erfahrungszulage 2017, 2018 und 2019 um 40% amputiert werden. Der Verband fordert endlich eine globale Vision der Personalpolitik.**
- 2. Der ZMLP ist dagegen, dass die verschiedenen CVP-Motionen unter dem Deckmäntelchen der Besoldungsgleichheit zu einer generellen Reduktion der Lohnsumme der Staatsangestellten und derjenigen des parastaatlichen Sektors führen.**
- 3. Der ZMLP fordert, dass die Politik eine globale Vision der drei Säulen entwickelt, welche die Arbeitsbedingungen, die Besoldung und die Pensionskasse des Staatspersonals umfassen.**